

OKR Dr. André Demut · Augustinerstraße 10 · 99084 Erfurt

Thüringer Landtag
Ausschuss für Europa, Kultur und Medien

Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

Evangelisches Büro Thüringen
Augustinerstraße 10 · 99084 Erfurt

Telefon: 0361 – 5 62 42 22
Fax: 0361 – 5 62 42 25
E-Mail: evangelisches.Buero@ebth.de

Datum	Aktenzeichen
08.06.22	3.0.2.1.

- nur per Mail -

Stellungnahme zum Antrag Aufarbeitung des SED-Unrechts fortsetzen – Zeitgemäße Erinnerungskultur befördern – Drs. 7/4200

Sehr geehrte Mitglieder des Ausschusses für Europa, Kultur und Medien,

für die in Thüringen vertretenen Evangelischen Kirchen bedanken wir uns herzlich für die Gelegenheit zur Stellungnahme zur Drucksache 7/4200 „Aufarbeitung des SED-Unrechts fortsetzen – Zeitgemäße Erinnerungskultur befördern“.

Es ist zu begrüßen, dass der Ausschuss dieses Thema erneut bearbeitet. Nicht verschweigen wollen wir unser Bedauern darüber, dass der Antrag durch die erst im März 2022 begonnene Behandlung teilweise schon wieder überholt ist, als er nunmehr keine Auswirkungen auf die Vorbereitungen der Erinnerung an den 70. Jahrestag der „Verordnung über Maßnahmen an der Demarkationslinie zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und den westlichen Besatzungszonen“ vom 26. Mai 1952 haben kann. Nach unserer Wahrnehmung kam in dem Mitte Mai 2022 vom Freistaat Thüringen vorgelegten Programm zum 70. Jahrestag des verschärften Sperrgebietes und der Zwangsaussiedlungen¹ leider noch nicht die von den Regierungsfractionen erwünschte Fokussierung auf „Widerständigkeit, Opposition und Selbstermächtigung in der DDR“ sowie „Verweigerung elementarer Freiheiten und demokratischer Rechte und den demokratischen Kampf um eben diese Rechte und Freiheiten“ hinreichend zum Ausdruck – dies zeigt umso mehr die Dringlichkeit genau dieser Fokussierung innerhalb der Thematik.

Beispielhaft weisen wir auf den geschlossenen Widerstand der Streufdorfer vor 70 Jahren (der sog. „kleine“ 17. Juni) und die Gottesdienstverbote im Sperrgebiet hin, die keine Widerklang im Veranstaltungskalender gefunden haben. Wir befürworten deshalb, dass der Chef der Staatskanzlei Prof. Dr. Hoff ankündigte, dass aus der Staatskanzlei in Bezug auf die Vorbereitung des 17. Juni 2023 das Gespräch mit den Kirchen gesucht wird. Wir stehen gern für jede sachdienliche Kooperation zur Verfügung.

Wie in unserer Stellungnahme aus dem vergangenen Jahr zu den Drucksachen 7/3264 und 7/3265 bereits angemerkt, unterstützen und befürworten wir eine vielfältige, dezentrale

¹ Vgl. <https://thueringen.de/70-jahre-grenzabriegelung>.

Erinnerungskultur jenseits zentraler Festveranstaltungen. Dadurch wird die Erinnerung an das staatliche Unrecht nachhaltiger entwickelt und breiter verankert. Gedenkveranstaltungen an verschiedenen Orten Thüringens (etwa in Mühlhausen, Streufdorf, Unterwellenborn, usw.) sind einer jährlichen Zentralveranstaltung in Erfurt vorzuziehen. Dazu ist es sinnvoll und notwendig, wenn nicht nur (vgl. den zweiten Anstrich bei I. im Antrag 7/4200) wahrgenommen wird, dass es vielfältige Träger der Erinnerungskultur in Thüringen gibt, sondern vielmehr sollte diesen vielfältigen Trägern an dieser Stelle auch die Unterstützung und Würdigung durch den Freistaat zugesichert werden. Dies wäre bei diesem Anstrich noch zu ergänzen.

Ein wichtiger Aspekt dieses Themas ist auch, dass es bisher kein Forschungsprojekt zu den Folgen der Schaffung einer Sperrgebietsbevölkerung bzw. Grenzüberwachungsgesellschaft durch Zuzugsregulierung, Zwangsaussiedlungen, Ansiedlung des Grenzmiträpersonal und der aktiven Einbeziehung der Bevölkerung in die Grenzüberwachung zwischen 1952 und 1989 gibt².

Hier ist eine Aufgabe markiert, die wissenschaftlich fundiert und institutionalisiert bearbeitet werden muss. Das Sperrgebiet war die Steigerung der Diktatur in der Diktatur. Diese wissenschaftliche Aufarbeitung könnte ein Vorhaben sein, dass im geplanten „Zukunftszentrum Deutsche Einheit und Europäische Transformation“ vorangetrieben werden könnte. Auch wenn der konzeptionelle Blick in die Zukunft geht, gehört zur Erforschung von „Umbrüchen“ und „Transformationen“ der wissenschaftlich kontrollierte Blick auf das, was in der Diktatur gewesen war und was sicher auch intergenerationell gesellschaftlich weiterwirkt.

Hinsichtlich der Rehabilitations- und Entschädigungsverfahren stellen wir fest, dass, wiewohl die Zahl der Betroffenen durch den großen zeitlichen Abstand abnimmt, laut Statistik der Verwaltungsämter und Gerichte in manchen Bereichen eine Zunahme der Antragstellerzahl zu verzeichnen ist. Wir begrüßen weiterhin die Novellierung der Unrechtsbereinigungsgesetze aus 2019 auf Bundesebene und die Einrichtung eines Härtefallfonds in Thüringen nebst Erhöhung der Beratungskapazitäten. Dies ist im Interesse der Erreichbarkeit und Bürgerfreundlichkeit notwendig. Als (kleinen) Hinweis erlauben wir uns die Anmerkung, dass auf der Webpräsenz³ noch nicht über die neuen Antragsmöglichkeiten informiert wird und immer noch die Ausschlussfrist 2019 notiert ist. Dies sollte behoben werden.

Mit Bezug auf die vom Ausschuss beschlossenen Fragen 6 und 15 regen wir an, tatsächlich unter der Fragestellung „angemessene Aufarbeitung SED-Unrecht“ eine Evaluierung mindestens des Geschichtslehrplans in Thüringen durchzuführen.

Die Beschreibung der zentralen Inhalte im aktuellen Geschichtslehrplan der Klassenstufen 9/10 an Thüringer Gymnasien suggeriert u. E. eine Symmetrie beider deutscher Staaten, welche den Unterschied einer freiheitlich-demokratischen Grundordnung und einer Gesellschaft mit eklatanten Grundrechts-Mängeln systemisch einebnet. Die zentralen Lerninhalte für die Epoche 1949 – 1990 werden im Lehrplan wie folgt beschrieben:

„Im Lernbereich „Entwicklung der beiden deutschen Staaten im Kontext der bipolaren Welt bis 1989/90“ erfolgt die Auseinandersetzung mit der deutsch-deutschen Geschichte als einer miteinander verflochtenen doppelten deutschen Nachkriegsgeschichte vor dem Hintergrund des Kalten Krieges und der Auseinandersetzung zweier ideologischer Systeme in Europa und der Welt. In diesem Lernbereich werden exemplarisch Stationen der deutschen Teilungsgeschichte, wesentliche Ereignisse, Entwicklungen und Strukturen sowie das Leben in unterschiedlichen politischen und wirtschaftlichen Systemen in den Blick genommen und in Beziehung zu Demokratie und Diktatur gesetzt.“⁴

² Vgl. Vom Arendsee zur Werra. Kirchliches Leben im Sperrgebiet 1952-1989, in: Schriften des Vereins für Kirchengeschichte der Kirchenprovinz Sachsen. Band 8, Magdeburg 2020.

³ <https://buenger.thueringen.de/detail?area=Moorgrund&areald=351742&pstId=355216>

⁴ Vgl. https://www.schulportal-thueringen.de/tip/resources/medien/15749?dateiname=LP_GY_Ge_Fassung_20210913.pdf, Seite 25.

Dass in den ersten Jahrzehnten nach einer friedlichen Revolution diese vermeintliche Äquivalenz beider Systeme theoretisch behauptet wird, lässt sich ggf. noch biografie-psychologisch nachvollziehen und erklären. Doch mit dem Erstarren der Faszination autokratischer Gesellschaftskonzepte seit etwa 2010 in ganz Europa liegt es u. E. auf der Hand, dass wir uns auch beim Blick in die Geschichte energisch mit totalitären Konzepten auseinandersetzen müssen.

Aufarbeitung von Diktatur-Erfahrungen in der Vergangenheit hat immer eine Gegenwart-Pointe.

Natürlich reicht diese Fragestellung weit über den Geschichtslehrplan hinaus. Die Frage der „Diktaturerfahrungen“ soll „nach Möglichkeit durch den Besuch eines außerschulischen Lernortes und/oder Zeitzeugenprojekt“ bearbeitet werden. Wie aus Gesprächen mit Schülerinnen und Schülern bei diesen Projekten deutlich wird, gibt es oft keine Vermittlung der Projekte mit den anderen Teilen des Schul-Curriculums, da dort die Diktaturfrage mit Blick auf die DDR oft nicht bearbeitet wird.

Gedenken an erlittenes Unrecht muss von allen demokratischen Parteien als Demokratie-Resilienz-Projekt begriffen und entsprechend befördert werden. Dies sind wir der Würde der Opfer *und* der Stärkung freiheitlich-demokratischer Zukunftsgestaltung schuldig.

Wir appellieren deshalb an die Abgeordneten des Thüringer Landtags, parteiübergreifend alles dafür zu tun, politisch motiviertes Unrecht im Staat der DDR aufzuarbeiten, der Opfer würdig zu gedenken und die Erinnerung an diesen Teil unserer Geschichte lebendig zu halten und künftigen Generationen zu vermitteln.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink that reads "André Demut". The signature is written in a cursive, slightly stylized font.

Dr. André Demut
Oberkirchenrat